



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 08.11.2022

**Ein „Superblock“ für München:
Modellversuch im Gärtnerplatzviertel und südlichen Lehel zügig umsetzen!**

Antrag

Auf dem Weg zur weitgehend autofreien Innenstadt, erprobt die Landeshauptstadt München das Konzept der Superblocks aus Barcelona (angepasst an die deutsche Rechtslage) als Modellversuch im Bereich des Gärtnerplatzviertels und südlichen Lehel; dafür meldet das Mobilitätsreferat die notwendigen Ressourcen an, für den Haushalt 2023 zunächst eine halbe Vollzeitstelle und Sachmittel in Höhe von 20.000 Euro.

Um das Viertel als Wohnbereich zu stärken, die Lebensqualität und eigenständige Mobilität der Bewohner*innen zu erhöhen – insbesondere für Kinder, Senior*innen und Menschen mit Behinderung – soll der Durchgangsverkehr mit Ausnahme des Busverkehrs perspektivisch umgeleitet werden. Verbleibende Parkplätze sollen soweit rechtlich zulässig ausschließlich Bewohner*innen sowie dem Liefer- und Wirtschaftsverkehr zur Verfügung stehen.

Bereits in der konzeptionellen Phase sollen die Bewohner*innen des Viertels, die Gewerbetreibenden vor Ort sowie der örtliche Bezirksausschuss eng eingebunden werden. Ein besonderes Augenmerk soll den im Viertel verbliebenen handwerklichen Betrieben gelten, deren Erhalt vor Ort wir als besonders wichtig einstufen.

Begründung:

München will die Verkehrswende, um Klima und Gesundheit zu schützen und die Lebensqualität der Menschen in der Stadt zu steigern. Für das Gärtnerplatzviertel und das südliche Lehel soll die Stadtverwaltung ein Verkehrskonzept entwickeln, wie im Stadtratsantrag 14-20 / A 05667 vom 19. Juli 2019 beschrieben. Wir wollen dafür das in Barcelona und anderen Städten in Spanien praktizierte Modell der Superblocks erproben: Straßenblocks, in denen etwa ausschließlich Bewohner*innen sowie Rettungs-, Versorgungs- und Wirtschaftsverkehr zugelassen sind, in denen Einbahnregelungen und/oder Schrittgeschwindigkeit der Standard für den

Kraftfahrzeugverkehr sind und ähnliche verkehrsberuhigende Maßnahmen umgesetzt werden. Um rasch in die Erprobung eines Superblocks in München starten zu können, müssen entsprechende Ressourcen angemeldet werden.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Initiative:

Gudrun Lux
Paul Bickelbacher
Dr. Florian Roth
Mona Fuchs
Sofie Langmeier
Christian Smolka
Sibylle Stöhr

SPD/Volt-Fraktion

Nikolaus Gradl
Andreas Schuster
Christian Müller
Simone Burger
Felix Sproll
Anne Hübner
Kathrin Abele
Julia Schönfeld -Knor
Dr. Julia Schmitt-Thiel

Mitglieder des Stadtrates

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 27.10.2022

Vision Zero – Sichere und fehlerverzeihende Verkehrsinfrastruktur

Antrag

Zur Erreichung der Vision Zero wird das Mobilitätsreferat beauftragt, dem Stadtrat noch in diesem Jahr die folgenden zum Eckdatenbeschluss vom 27. Juli 2022 angemeldeten Beschlüsse (EDB MOR lfd. Nrn. 50-53) vorzulegen:

- Sicherheitskoordinator Infrastruktur
- Öffentlichkeitsarbeit Verkehrssicherheit
- Sicherheitsaudits
- Sicherheitsrelevante Erhebungen

Begründung

Ob zu Fuß, mit dem E-Scooter, per Fahrrad, Motorrad oder mit dem Auto – die Münchner*innen sind mobil und brauchen einen sicheren Straßenverkehr. Zwar gab es 2021 weniger Verkehrsunfalltote auf Münchens Straßen als in den vergangenen Jahren. Jedoch starben auch im vergangenen Jahr 15 Menschen bei Verkehrsunfällen, darunter acht Senior*innen über 65 Jahren.

Mit dem Grundsatzbeschluss zur Vision Zero verfolgt der Münchner Stadtrat seit 2018 das Ziel, Straßen und Verkehrsmittel so zu gestalten, dass es keine Verkehrstoten und Schwerverletzten mehr gibt. Menschen werden auch in Zukunft Fehler machen. Um die Vision Zero zu verwirklichen, brauchen wir also ein sicheres Verkehrssystem und eine fehlerverzeihende Infrastruktur. Insbesondere müssen Schulwege noch sicherer, Gefahrenstellen an Kreuzungen minimiert und freilaufende Rechtsabbieger zurückgebaut werden. Mehr als jeder zweite Unfall in München geschieht an einer Kreuzung, insbesondere für Kinder, Ältere und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen stellen sie ein hohes Risiko dar.

Die von Mobilitätsreferat zum Eckdatenbeschluss vom 27. Juli 2022 angemeldeten Bedarfe bilden einen wichtigen Baustein für eine konsequente Umsetzung der Vision-Zero-Strategie.

Entscheidend für die Sicherheit ist dabei eine fehlerverzeihende Infrastruktur. Das erfordert ein Zusammenspiel aller beteiligten Fachreferate und Planer*innen. Hierfür werden künftig spezielle Gutachter für Verkehrssicherheit die Planungen koordinieren, Defizite identifizieren und die Umsetzung überwachen und evaluieren.

Präventive Maßnahmen tragen dabei erheblich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit bei. Straßen müssen bei Neu-, Um- oder Ausbaumaßnahmen so sicher wie möglich gestaltet werden.

Die Wirkung der Münchner Verkehrssicherheitsarbeit soll künftig systematisch durch Verkehrserhebungen kontrolliert und evaluiert werden. Dies trägt zu einer fortlaufenden Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr bei.

Eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit soll die Münchnerinnen und Münchner bei der erfolgreichen Umsetzung der Vision Zero einbinden und insbesondere die Verkehrsteilnehmer*innen, die aufgrund ihrer Fahrzeugtypen eine hohe Gefahr für andere sind, für die lebenswichtige Rücksichtnahme im Straßenverkehr sensibilisieren.

gez.

Nikolaus Gradl

Gudrun Lux

Andreas Schuster

Paul Bickelbacher

Christian Müller

Mona Fuchs

Simone Burger

Florian Schönemann

Felix Sproll

Sofie Langmeier



Roland Hefter

Christian Smolka

Dr. Julia Schmitt-Thiel

Sibylle Stöhr

SPD/Volt-Fraktion

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 31. Oktober 2022

**Antrag zum Haushalt 2023 des Mobilitätsreferates für den Mobilitätsausschuss am 14. 12. 2022:
Radverkehrsmaßnahmen schneller umsetzen**

Folgendes Projekt des Mobilitätsreferats aus dem Eckdatenbeschluss 2023 wird zusätzlich in den Haushalt 2023 aufgenommen:

- Beschleunigte Umsetzung Radverkehrsmaßnahmen (Punkt 10)

Begründung

Die Umsetzung des Radentscheids und des Altstadt-Radrings ist ein wichtiger Baustein für die Mobilitäts- und Verkehrswende. Dennoch geht es an vielen Stellen zu langsam voran. Durch die Zuschaltung der erforderlichen Stellen kann und muss die Umsetzung beschleunigt werden. Nur so kann das Ziel „25 % Radverkehrsanteil in 2025“ erreicht werden.

Initiative:
Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:
Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion
DIE LINKE. / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 31. Oktober 2022

Antrag zum Haushalt 2023 des Mobilitätsreferates für den Mobilitätsausschuss am 14. 12. 2022: Teilstrategie „Fußverkehrsstrategie“ voranbringen

Folgendes Projekt des Mobilitätsreferats aus dem Eckdatenbeschluss 2023 wird zusätzlich in den Haushalt 2023 aufgenommen:

- Teilstrategie Fußverkehrsstrategie (Punkt 30)

Begründung

Der Förderung des Fußverkehrs kommt als Teil einer integrierten und nachhaltigen Verkehrswende eine überragende Bedeutung zu. Auch können die Klimaziele der LHM nur erreicht werden, wenn ein großer Teil der Kfz-Fahrten mit weniger als 5 km Länge auf den Umweltverbund und hierbei der Fahrten unter 2 km Länge auf das Zufußgehen verlagert werden.

Zur Erarbeitung und Umsetzung einer städtischen Fußverkehrsstrategie ist deshalb die Zuschaltung der erforderlichen Ressourcen unbedingt erforderlich.

Initiative:

Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 31. Oktober 2022

**Antrag zum Haushalt 2023 des Mobilitätsreferates für den Mobilitätsausschuss am 14. 12. 2022:
Inklusion und Diversität auch in der Mobilität berücksichtigen**

Folgendes Projekt des Mobilitätsreferats aus dem Eckdatenbeschluss 2023 wird zusätzlich in den Haushalt 2023 aufgenommen:

- Inklusion und Diversität in der Mobilität (Punkt 34)

Begründung

Verkehrswende und Klimaneutrale Mobilität können nur erreicht werden, wenn auch Vielfalt, Genderaspekte und Inklusion in der Mobilitätsstrategie berücksichtigt werden. Für die Erarbeitung der Teilstrategie „Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Inklusion“ sind eigenständige Ressourcen im Mobilitätsreferat erforderlich. Es genügt nicht, wenn diese Arbeit von interessierten Sachbearbeiter*innen zusätzlich übernommen wird.

Initiative:
Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:
Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion
DIE LINKE. / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 31. Oktober 2022

**Antrag zum Haushalt 2023 des Mobilitätsreferates für den Mobilitätsausschuss am 14. 12. 2022:
Projekt „Autoarme Altstadt“ voranbringen**

Folgendes Projekt des Mobilitätsreferats aus dem Eckdatenbeschluss 2023 wird zusätzlich in den Haushalt 2023 aufgenommen:

- Schaffung von Kapazitäten für die Projekte „Autofreie Altstadt“ und „Altstadt-Radring“ (Punkt 57)

Begründung

Die Münchner Innenstadt steht im Verlauf der nächsten Jahre zur Erreichung des Ziels der Verkehrswende sowie der Klimaneutralität im besonderen Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Es existieren hierzu auch bereits eine ganze Reihe von Projektaufträgen: Autofreie Altstadt, Altstadt-Radring, Boulevard Sonnenstraße, Citylogistikkonzept, Citybuskonzept, Aufwertung der Plätze, B+R Station Marienhof.

Zur Erarbeitung und Umsetzung all dieser Konzepte ist die Zuschaltung benötigter Personalkapazitäten dringend erforderlich.

Initiative:
Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:
Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion
DIE LINKE. / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 31. Oktober 2022

**Antrag zum Haushalt 2023 des Mobilitätsreferates für den Mobilitätsausschuss am 14. 12. 2022:
Teilstrategie „Fußverkehrsstrategie“ voranbringen**

Folgendes Projekt des Mobilitätsreferats aus dem Eckdatenbeschluss 2023 wird zusätzlich in den Haushalt 2023 aufgenommen:

- Teilstrategie Fußverkehrsstrategie (Punkt 30)

Begründung

Der Förderung des Fußverkehrs kommt als Teil einer integrierten und nachhaltigen Verkehrswende eine überragende Bedeutung zu. Auch können die Klimaziele der LHM nur erreicht werden, wenn ein großer Teil der Kfz-Fahrten mit weniger als 5 km Länge auf den Umweltverbund und hierbei der Fahrten unter 2 km Länge auf das Zufußgehen verlagert werden.

Zur Erarbeitung und Umsetzung einer städtischen Fußverkehrsstrategie ist deshalb die Zuschaltung der erforderlichen Ressourcen unbedingt erforderlich.

Initiative:

Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Datum: 17.11.2022

Umsetzung Eckdatenbeschluss, Haushaltsausweitung 2023 ff. im Mobilitätsreferat

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07724

Beschluss des Mobilitätsausschusses vom 14.12.2022 (VB)
Öffentliche Sitzung

Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats

An das Mobilitätsreferat

- Vorab per E-Mail -

Das Personal- und Organisationsreferat nimmt von der äußerst kurzfristig erst mit E-Mail vom 14.11.2022 zur Stellungnahme möglichst bis 18.11.2022 zugeleiteten Beschlussvorlage Kenntnis und gibt eine Stellungnahme wie folgt ab:

Geltend gemachter Mehrbedarf

In der vorliegenden Sitzungsvorlage macht das Mobilitätsreferat einen zusätzlichen Stellenmehrbedarf i. H. v. insgesamt 30,5 VZÄ geltend. Darüber hinaus sollen weitere 9 VZÄ entfristet werden.

Im Einzelnen setzen sich die Bedarfe wie folgt zusammen:

Für den Ausgleich des Personaldefizits zur Bewältigung der nach wie vor steigenden Zahlen von Baustellen im Straßenraum unter Beteiligung von Lichtsignalanlagen (LSA) werden 1,0 VZÄ ab 2023 beantragt (MOR-22).

Im Rahmen des im Änderungsantrag zum Eckdatenbeschluss genehmigten Innovationsfonds Verkehrswende werden folgende Stellenmehrbedarfe geltend gemacht:

- 1,0 VZÄ für die Unterstützung der Koordination Wirtschaftsverkehr im Bereich der Umsetzung und Evaluation der Roadmap Logistikverkehr (MOR-40)
- 5,0 VZÄ für die Beschleunigung der Umsetzung der Radverkehrsmaßnahmen (MOR-10)
- 13,0 VZÄ für die Fußverkehrsstrategie im Rahmen der Mobilitätsstrategie 2035 (MOR-30)
- 1,0 VZÄ für Inklusion und Diversität in der Mobilität (MOR-34)
- 6,0 VZÄ für die starke Aufgabenmehrung im Bereich Bezirks- und Projektmanagementsachbearbeitung (MOR-57)
- 1,0 VZÄ für die fachliche Prüfung und Begleitung des Fördertopfes für Mobilitätsthemen/ bürgerschaftliche Projekte für die Verkehrswende (MOR- 64)
- 0,5 VZÄ für den Bereich Superblocks

Darüber hinaus werden im Rahmen der „Vision Zero“ 2,0 VZÄ für einen Sicherheitskoordinator Infrastruktur sowie für die Öffentlichkeitsarbeit in der Verkehrssicherheit (MOR-50 und MOR-51) geltend gemacht.

Zudem beantragt das Mobilitätsreferat die Entfristungen von

- 6,0 VZÄ für die Fortsetzung und des kontinuierlichen Ausbaus des im Jahre 2017 und 2019 beschlossenen Mobilitätsmanagement Konzepts,
- 1,0 VZÄ für den erhöhten Aufgabenumfang bei allen Tram- und Folgeprojekten, welche die Lichtsignalanlagen betreffen und
- 2,0 VZÄ im Bereich der Geschäftsleitung ab 2024 bzw. 2027.

Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats

Das Personal- und Organisationsreferat erhebt zum Teil Einwände gegen den in der Sitzungsvorlage beantragten Stellenbedarf.

Der Ausweitung i. H. v. 1,0 VZÄ für den Ausgleich des Personaldefizits zur Bewältigung der steigenden Zahlen von Baustellen im Straßenraum unter Beteiligung von Lichtsignalanlagen wird zugestimmt, da es sich hierbei um eine vom Stadtrat im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2023 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06456) anerkannte Ausweitung (siehe Nr. 22 der Liste der geplanten Beschlüsse des Mobilitätsreferats) handelt.

Dem geltend gemachten Stellenbedarf, welcher über den Innovationsfonds Verkehrswende finanziert werden soll, kann in diesem Umfang nicht zugestimmt werden, da dieser Mehrkosten i. H. v. 2,5 Mio. Euro jährlich bedeuten würde. Im Rahmen des Änderungsantrags wurde lediglich ein Innovationsfonds i. H. v. 1,0 Mio. Euro auferlegt. Eine Zustimmung des Personal- und Organisationsreferat zum geltend gemachten Stellenbedarf kann somit nur im Rahmen des auferlegten Fonds i. H. v. 1,0 Mio. Euro erfolgen.

Das Personal- und Organisationsreferat erhebt ebenfalls Einwände gegen den geltend gemachten Stellenmehrbedarf im Rahmen der „Vision Zero“, da es sich um eine nicht anerkannte Ausweitung (siehe Anlage 3 Nrn. 50 und 51 der Liste der geplanten Beschlüsse des Mobilitätsreferats) handelt.

Für die nicht anerkannten Stellenmehrbedarfe ab 2023 wird deshalb auf die Antragsziffer 3 der Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06456 „Haushaltsplan 2023 Eckdatenbeschluss“ verwiesen, in der beschlossen wurde, dass für den Haushalt 2023 keine weiteren Ausweitungen durch Finanzierungsbeschlüsse ohne vollständige Kompensation bzw. Refinanzierung zugelassen werden. Eine Zustimmung zum geltend gemachten Stellenmehrbedarf kann nur erfolgen, wenn das Mobilitätsreferat einen Kompensationsvorschlag für die Finanzierung der Ausweitungen vorlegen kann.

Für die Kompensation können durch das Mobilitätsreferat aktuell unbesetzte Stellen verwendet werden oder eine Finanzierung aus vorhandenem Referatsbudget erfolgen. Gerne steht das Personal- und Organisationsreferat für die Bereitstellung der notwendigen Entscheidungsgrundlagen sowie für eine Einschätzung und Beratung zur Umsetzung der Kompensation zur Verfügung.

Weiterhin erhebt das Personal- und Organisationsreferat Einwände gegen die beantragten Entfristungen. Die Entfristungen betreffen die Haushaltsjahre 2024 ff. Eine Beschlussfassung zum aktuellen Zeitpunkt würde den finanziellen Spielraum für die kommenden Jahre bereits jetzt einschränken.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.



Datum: 21.11.2022



Anlage 8
Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei

Haushaltswirtschaft und Finanzplanung
Teilhaushalte
SKA 2.12

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V07724 Haushaltsausweitung 2023 ff. im Mobilitätsreferat
Beschlussvorlage für den Mobilitätsausschuss am 14.12.2022
Öffentliche Sitzung

I. An das Mobilitätsreferat

Die Stadtkämmerei stimmt der o.a. Beschlussvorlage nicht zu.

Keine Einwendungen werden lediglich gegen die unter Ziffer A 2 des Referentenvortrags dargestellten Positionen zur Umsetzung der anerkannten Mehrbedarfe aus dem Eckdatenbeschluss 2023 erhoben.

Der Stadtrat hat in der Vollversammlung vom 27.07.2022 die Umsetzung der in der Anlage 3 und der Tischvorlage zum Beschluss „Haushaltsplan 2023 Eckdatenbeschluss“ (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06456) enthaltenen und als anerkannt markierten Beschlüsse grundsätzlich genehmigt.

Die beantragten Positionen sind als Nrn. 22 und 48 beim Mobilitätsreferat Teil der Anlage 3 und als anerkannt markiert. Insofern bestehen gegen diese Teilbeträge keine Einwände.

Allen übrigen vom Mobilitätsreferat beantragten Mehrungen kann nicht zugestimmt werden.

Mit dem Änderungsantrag zum Eckdatenbeschluss 2023 wurden dem Mobilitätsreferat zusätzliche Mittel i.H.v. 1,0 Mio. € für einen Innovationsfonds Verkehrswende zugewiesen. Der vorgegebene Betrag von 1,0 Mio. € wird zwar für das Haushaltsjahr 2023 eingehalten, ab dem Jahr 2024 werden jedoch dauerhafte Ausweitungen in einer Größenordnung von über 2,6 Mio. € beantragt. Dies geht weit über den vom Stadtrat beschlossenen Höchstbetrag hinaus und kann in dieser Form nicht akzeptiert werden.


Auch die aufgrund diverser Stadtratsanträge beantragten Mehrbedarfe können von der Stadtkämmerei nicht mitgetragen werden. Mit der o.g. Beschlussfassung vom 27.07.2022 zum Eckdatenbeschluss 2023 wurde festgelegt, dass für den Haushalt 2023 keine weiteren Ausweitungen durch Finanzierungsbeschlüsse ohne vollständige Kompensation bzw. Refinanzierung zugelassen werden. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass es sich bei diesen Mehrbedarfen teilweise um nicht anerkannte Positionen aus dem Eckdatenbeschluss 2023 handelt.

Das Personal- und Organisationsreferat erhebt in seiner Stellungnahme Einwendungen gegen die überhöhten dauerhaft geltend gemachten Stellenmehrbedarfe im Rahmen des Innovationsfonds, gegen die Mehrbedarfe im Rahmen von „Vision Zero“ und gegen die beantragten Entfristungen. Diesen Ausführungen schließt sich die Stadtkämmerei vollinhaltlich an.

Es wird gebeten, diese Stellungnahme in die Beschlussvorlage einzuarbeiten oder als Anlage beizufügen.

Das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen), das Büro des Oberbürgermeisters, das Personal- und Organisationsreferat sowie das Revisionsamt erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

Gezeichnet

 am 21.11.2022

